

infopost Altenpflege

Ausgabe 14 · Februar 2021

Corona-Pandemie

Schutz organisieren

In den Pflegeeinrichtungen herrschen teils dramatische Zustände. Hier fordert die Corona-Pandemie die meisten Opfer. So zählt das Robert Koch-Institut zum Redaktionsschluss Ende Januar mehr als 900 Ausbrüche in Pflegeheimen. In Berlin machten deren Bewohner*innen zuletzt fast zwei Drittel, in Hessen sogar 86 Prozent aller an Covid-19 Verstorbenen aus. Entsprechend groß ist die Verantwortung und Belastung der Pflegekräfte. Es muss alles daran gesetzt werden, die pflegebedürftigen Menschen und die Beschäftigten zu schützen.

»Es ist gut, dass die Impfkampagne bei älteren und pflegebedürftigen Menschen sowie den Beschäftigten der Gesundheitseinrichtungen beginnt, doch es muss noch mehr getan werden«, erklärte Sylvia Bühler, die im ver.di-Bundesvorstand für das Gesundheitswesen zuständig ist. »Kostenlose FFP-2-Masken, Schnelltests und Hygienemaßnahmen sind nötig – auch um zu verhindern, dass Bewohnerinnen und Bewohnern in Pflegeeinrichtungen erneut isoliert

werden müssen.« Angesichts der ohnehin dünnen Personaldecke seien der Einsatz und die vollständige Finanzierung zusätzlicher Pflege- und Hygienefachkräfte dafür eine zwingende Voraussetzung. »Bessere Personalschlüssel sind auch nötig, damit potenziell infiziertes Personal in Quarantäne gehen kann, ohne dass die Versorgung zusammenbricht. Kontaktpersonen ersten Grades weiter einzusetzen, gefährdet Beschäftigte und Bewohner gleichermaßen – das ist unverantwortlich.«

Die ersten Impfstoffe gegen das Coronavirus stehen mittlerweile zur Verfügung. Auch wenn die Produktion langsamer anläuft als erhofft, schafft dies die Perspektive, die Pandemie wirksam einzudämmen. ver.di empfiehlt den Beschäftigten im Gesundheitswesen, sich impfen zu lassen, um sich und ihre Familien ebenso wie Bewohner*innen und Patient*innen zu schützen. Eine Impfpflicht oder Diskriminierung aufgrund des Impfstatus lehnt die Gewerkschaft aber entschieden ab. Zuletzt hatte Bayerns Ministerpräsident Markus Söder (CSU) laut über eine Impfpflicht für Pflegekräfte



Foto: ver.di Homepage

»Wir haben keine Kraft mehr.«
Die Altenpflegerin Ilka Steck zur Situation in der Corona-Pandemie:
<https://t1p.de/9e34>

nachgedacht, was der ver.di-Vorsitzende Frank Werneke als kontraproduktiv zurückwies. Gerade Pflegepersonen hätten seit Jahren erfahren, dass politisch Verantwortliche und Arbeitgeber die Gefährdung ihrer Gesundheit durch den Personalmangel billigend in Kauf nähmen. »Jetzt müssen Politik und Arbeitgeber aktiv und transparent über alle Aspekte der Impfung aufklären«, forderte Werneke.

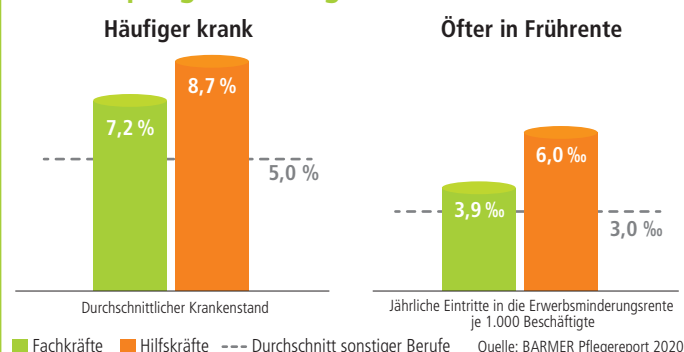
Bühler betonte, die Pandemie habe gezeigt, wie wichtig ein funktionierendes Gesundheitswesen und die Arbeit der dort Beschäftigten ist. »Diese müssen endlich die Wertschätzung erfahren, die sie verdienen.« Dazu gehörten bedarfsgerechte Personalvorgaben, flächendeckende Tarif-

bindung und eine »Solidarische Pflegegarantie«, die alle pflegebedingten Kosten abdeckt. »Um diesen Forderungen im Wahljahr Nachdruck zu verleihen, brauchen wir das Engagement der Kolleginnen und Kollegen«, betonte Bühler. »Macht öffentlichkeitswirksame Aktionen, sucht das Gespräch mit Kandidaten und Parteien, macht euch gemeinsam mit eurer Gewerkschaft ver.di für Verbesserungen stark – so bewegen wir die Politik zum Handeln.« ●

ver.di empfiehlt Corona-Impfung:
<https://t1p.de/dlw9>

Aktuelle Nachrichten, Fragen und Antworten zu Corona-Krise:
<https://t1p.de/2246>

Altenpfleger*innen gesundheitlich belastet



Die hohe Arbeitsbelastung in der Altenpflege hat messbare gesundheitliche Folgen. Laut Barmer-Pflegereport sind die krankheitsbedingten Fehlzeiten hier deutlich höher als im Gesamtdurchschnitt, vor allem aufgrund psychischer sowie Muskel-Skelett-Erkrankungen. Zwischen 2016 und 2018 waren demnach 7,2 Prozent der Fachkräfte und 8,7 Prozent der Hilfskräfte krankgeschrieben. »Pflegehilfskräfte müssen allzu oft Tätigkeiten ausführen, für die sie nicht qualifiziert sind. Das setzt sie besonders unter Druck und macht krank«, kommentierte Sylvia Bühler vom ver.di-Bundesvorstand. Deshalb müssten die Einrichtungen deutlich mehr und jederzeit genug Fachkräfte einsetzen. Das Potenzial ist da: Würden Krankschreibungen und Frühverrentungen auf das Durchschnittsniveau gesenkt, stünden laut Pflegereport auf einen Schlag 26.000 zusätzliche Pflegekräfte zur Verfügung. ●



ver.di fordert Pflegereform

»Spahn betreibt Flickschusterei«

Mit Blick auf die Bundestagswahl im September hat ver.di die Kampagne #GemeinsameSache gestartet. Worum geht es dabei?

Wir wollen mit dafür sorgen, das Thema Pflege und deren Finanzierung im Wahljahr auf die politische Agenda zu setzen. Die Bundestagswahl wird auch eine Abstimmung darüber sein, wie und unter welchen Bedingungen pflegebedürftige Menschen in Zukunft versorgt werden. Die vollmundigen Versprechungen, dass sich die Situation verbessern wird, dürfen auch nach der Corona-Krise nicht in Vergessenheit geraten. Gute Pflege braucht genug qualifiziertes Personal, das zu guten Bedingungen arbeitet und angemessen bezahlt wird. Um das leisten zu können, ist eine auskömmliche Finanzierung nötig. Deshalb ist die Forderung nach einer grundlegenden Weiterentwicklung der Pflegeversicherung hin zu einer »Solidarischen Pflegegarantie« ein zentraler Teil unserer Kampagne.

Bundesgesundheitsminister Jens Spahn (CDU) hat im November Eckpunkte für eine Pflege-reform vorgelegt. Demnach soll

Foto: shiftr/studio



Barbara Susec ist in der ver.di-Bundesverwaltung für Pflege-politik zuständig.

unter anderem der pflegebedingte Eigenanteil für einen Platz im Pflegeheim auf 700 Euro pro Monat bei maximal 36 Monaten gedeckelt werden. Wie bewertest du das?

Das ist ein richtiger und wichtiger Schritt. Bislang hat sich die Bundesregierung stets geweigert, die Eigenanteile zu begrenzen. Wenn sie das jetzt tut, werden die Kosten für die pflegebedürftigen Menschen und ihre Familien planbarer. Der Schritt klingt allerdings vielversprechender als er für viele Menschen in Deutschland zunächst ist. Denn die durchschnittlichen Einrichtungseinheitlichen Eigenanteile für Pflege- und Ausbil-

dungskosten liegen derzeit in sieben Bundesländern unter der genannten Grenze von 700 Euro im Monat. Viele hätten von dieser Begrenzung also erst einmal nichts. Angesichts der absehbaren Ausgabensteigerungen – durch die demografische Entwicklung, die nötige Aufstockung beim Personal und eine flächendeckend bessere Bezahlung – ist die Deckelung dennoch sehr wichtig. Sie stellt sicher, dass die Eigenbeiträge nicht immer weiter steigen. Schon jetzt müssen Bewohner*innen in Pflegeheimen inklusive Unterbringung, Verpflegung und Investitionskosten durchschnittlich 2.015 Euro im Monat aufbringen – bei einer Durchschnittsrente von 954 Euro. Das ist untragbar.

Ein weiterer Plan im Eckpunkte-papier des Bundesgesundheits-ministers ist die stärkere Förderung der privaten Pflegevorsorge. Ist das der richtige Weg?

Ganz und gar nicht. Die Förderung privater Vorsorge käme hauptsächlich denjenigen zugute, die sich das leisten können. Menschen mit geringen Einkommen haben nicht die Möglichkeit, zusätzlich privat vorzusorgen. Wir bleiben dabei: Mit einer

»Solidarischen Pflegegarantie« bräuchten wir das nicht. Was Minister Spahn betreibt, ist letztlich Flickschusterei. Er hat kein zukunftsfähiges Gesamtkonzept, das die Finanzierung der Pflege langfristig auf eine solide Grundlage stellt.

Was bedeutet die »Solidarische Pflegegarantie« konkret?

Dass jede und jeder Versicherte – ob abhängig beschäftigt, verbeamtet oder selbstständig – in eine gemeinsame Versicherung einzahlt und diese alle pflegebedingten Kosten garantiert abdeckt. Durch die Einbeziehung aller Bevölkerungsgruppen und auch von Kapitalerträgen wird die Einnahmehasis erweitert. Auf dieser Grundlage können auf der Ausgaben-seite die Leistungen so dynamisiert werden, dass sie sich nach der Lohnentwicklung und nicht wie bisher nach der Inflationsrate richten. Das würde den Kostendruck aus dem System nehmen, der aktuell vor allem zu Lasten des Personals und der Versorgungsqualität geht. Dies würde nicht nur für die stationäre, sondern auch für die ambulante Pflege gelten.

Wie will ver.di dafür weiter Druck machen?

Wir werden die Konzepte der Parteien zur Zukunft der Pflege und der Finanzierung im Bundestagswahlkampf auf den Prüfstand stellen. Wir können Verbesserungen erreichen, wenn die ver.di-Mitglieder in den Pflegeeinrichtungen und darüber hinaus dafür aktiv eintreten. Pflege geht jede und jeden an, wir alle sind von dem Thema früher oder später in irgendeiner Form betroffen. Deshalb werden wir mit ganz ver.di und dem Deutschen Gewerkschaftsbund gemeinsam in die breite Öffentlichkeit gehen und für eine solidarische und gute Pflege werben. Die Pflege zukunftsfähig zu machen, ist eine der nötigen Lehren aus der Corona-Pandemie. Lasst uns dafür #GemeinsameSache machen. ●

KOSTEN FÜR EINEN PFLEGEPLATZ ÜBERSTEIFEN RENTE

2.015 Euro zahlen Heimbewohner*innen durchschnittlich für einen vollstationären Pflegeplatz

Investitionskosten: **455 Euro**

Verpflegung und Unterkunft: **774 EURO**

Eigenanteile Pflegekosten: **786 Euro**



954 Euro beträgt die Durchschnittsrente in Deutschland

Quellen: DRV Bund (2019), vdek (2020)

gemeinsamesache.verdi.de

Beschäftigte katholischer Pflegeeinrichtungen erreichen Verbesserungen

Streik bringt Angleichung

Bei der Liebenau Leben im Alter gGmbH (LILA) scheint die unendliche Geschichte der Ungleichbehandlung nun doch ein Ende zu nehmen.

Foto: ver.di



Streikaktion von Beschäftigten der Pflegeeinrichtungen der katholischen LILA am 1. Dezember 2020 am Unternehmenssitz in Meckenbeuren

Viele Jahre hatte die Tochtergesellschaft der Caritas-Stiftung Liebenau ihre Beschäftigten deutlich schlechter bezahlt als andere Einrichtungen der Caritas in Baden-Württemberg oder des öffentlichen Dienstes. »Seit über einem Jahrzehnt manövriert sich die LiLA durch das kirchliche und weltliche Arbeitsrecht, ohne je den Beschäftigten die Vorteile von Tarifen zukommen zu lassen«, sagt die Gewerkschaftssekretärin Yvonne Baumann. Und das schien sich fortzusetzen, als der Pflegeheimbetreiber im November die seit über einem Jahr laufenden Tarifverhandlungen mit ver.di abbrach und erklärte, nun doch die kirchliche Grundordnung und damit die Arbeitsvertragsrichtlinien der Caritas (AVR) in Baden-Württemberg zu übernehmen, die in weiten Teilen den Tarifvertrag für den öffentlichen Dienst (TVöD) abbilden.

»Diese plötzliche Kehrtwende hat uns sehr skeptisch gemacht«, so die ver.di-Verhandlungsführerin. Seither

hat die Unternehmensleitung allerdings durch diverse Maßnahmen gezeigt, dass die Übernahme der AVR tatsächlich vollzogen wird. »Das ist eine gute Nachricht und ein großer Erfolg für die Beschäftigten, die mit vielen Aktionen und auch Streiks dafür gesorgt haben, dass in der Stiftung Liebenau nun endlich gleicher Lohn für gleiche Arbeit gezahlt werden soll.« Vollends Realität ist das allerdings noch nicht. Denn anders als Tarifverträge haben kirchliche Arbeitsvertragsrichtlinien keine unmittelbar normative Wirkung. Das heißt: Die Arbeitsverträge müssen

einzel angepasst werden. »Wir werden unsere Mitglieder in diesem Prozess unterstützen, damit bei der Überleitung nichts falsch läuft und die Kolleg*innen richtig eingruppiert werden«, erklärt Baumann.

»Nach zwei Jahren Einsatz, Überzeugungsarbeit und Auseinandersetzungen bis hin zum Arbeitskampf ist endlich das Ziel erreicht: gleicher Lohn für gleiche Arbeit in der Stiftung Liebenau«, bilanziert die Betriebsrätin Silke Arnold. »Der Einsatz hat sich wirklich gelohnt.« Neben dem erhöhten Tabellenentgelt gibt es auch

Verbesserungen bei Entwicklungsstufen, Sonderzahlungen und Arbeitszeiten. Auch die betriebliche Zusatzversorgung für die Rente wird aus den AVR übernommen, wenn auch erst ab 2025 vollständig.

»Damit wird die Ungleichbehandlung endlich beendet, dennoch ist dies aus unserer Sicht nur das zweitbeste Ergebnis«, erklärt Baumann. Denn eigentlich war man angetreten, in den 21 katholischen Pflegeeinrichtungen einen Haustarifvertrag durchzusetzen. Dafür hatten sich viele der rund 870 Beschäftigten ver.di angeschlossen. »Bei Tarifverhandlungen entscheiden die ver.di-Mitglieder und die Tarifkommission alles demokratisch, von den Forderungen bis zur Annahme des Ergebnisses«, betont die ver.di-Sekretärin. »Diese Möglichkeiten haben sie auf dem kircheninternen Dritten Weg nicht.« Dennoch zeige die Auseinandersetzung, dass sich solidarisches Handeln und gewerkschaftliche Organisation auch in katholischen Einrichtungen auszahlen. Und auch über dieses, nicht vollends befriedigende Ergebnis wurde demokratisch entschieden: Bei einer Befragung votierten die ver.di-Mitglieder mit deutlicher Mehrheit für dessen Annahme. ●

Tarifvertrag steht

ver.di und der Arbeitgeberverband BVAP haben sich Anfang Februar auf den endgültigen Inhalt des Tarifvertrags über Mindestbedingungen in der Altenpflege verständigt. Dieser soll nach dem Arbeitnehmerentendengesetz zum 1. August 2021 auf die gesamte Altenpflege erstreckt werden. im Vergleich zum aktuell geltenden Pflegemindestlohn steigt die Bezahlung demnach in vier Schritten um insgesamt rund 25 Prozent. Vorausgegangen waren intensive Verhandlungen zwischen den Tarifvertragsparteien sowie die im Arbeitnehmerentendengesetz vorgesehenen Anhörungen von Diakonie und Caritas. ●

<https://t1p.de/6zp9>

Extra für Pflege

Die Aktionen und Streiks im öffentlichen Dienst haben sich für die rund 70.000 Beschäftigten kommunaler Pflegeeinrichtungen besonders gelohnt. So steigt mit dem im Oktober erzielten Tarifabschluss beispielsweise das Gehalt einer examinierten Altenpflegerin, die in Vollzeit und Wechselschicht arbeitet, bis April 2022 schrittweise um insgesamt 297 Euro oder gut zehn Prozent. Hinzu kommen einmalig 600 Euro und eine Erhöhung der Jahressonderzahlung auf 84,51 Prozent. Indirekt profitieren von diesem Erfolg viele weitere Altenpfleger*innen, da sich zum Beispiel die Bezahlung in der Caritas und Teilen der Diakonie am TVöD ausrichten. ●

<https://t1p.de/xcnn>

Leuchtturm in Bayern

»Das ist ein Tarifvertrag, der in der privaten Sozialwirtschaft seines Gleichen sucht und Vorbildcharakter haben sollte«, sagt Robert Hinke, der bei ver.di in Bayern für das Gesundheits- und Sozialwesen zuständig ist. Nach langjährigen Verhandlungen hat die Gewerkschaft mit den Bayreuther Firmengruppen SeniVita und Dr. Wiesent im September einen Haustarifvertrag unterzeichnet, der die Entgelttabellen des Tarifvertrags für den öffentlichen Dienst (TVöD) eins zu eins übernimmt. Den Beschäftigten in den 15 Pflegeeinrichtungen und vier Schulbetrieben beschert das eine deutliche Lohn-erhöhung und weitere Verbesserungen. ●

<https://t1p.de/1ekh>



Pflegeberufekammer Schleswig-Holstein Mitglieder stimmen ab

Endlich ist es soweit: Zwischen dem 15. und 28. Februar können die Mitglieder der Pflegeberufekammer Schleswig-Holstein darüber abstimmen, ob diese fortbestehen soll oder nicht. ver.di hat lange gefordert, dass alle Pflegepersonen nach ihrer Meinung gefragt werden. Auf sie kommt es schließlich an. Alle Pflegefachkräfte in Schleswig-Holstein müssen Mitglied sein und die Kammer mit ihren Beiträgen finanzieren. Jetzt werden sie gefragt, ob sie das wollen. Gut so!

ver.di meint: Die Pflegeberufekammer hilft nicht, die dringend nötigen Verbesserungen zu erreichen. Sie hat weder Einfluss auf die Arbeitsbedin-

gungen noch auf die Bezahlung. Stattdessen ist sie wegen der verpflichtenden Mitgliedschaft und der Beiträge eine zusätzliche Belastung.

Mit breiter Mehrheit für die Auflösung der Pflegekammer ausgesprochen haben sich bereits deren Pflichtmitglieder in Niedersachsen. Laut einem Gesetzentwurf der Landesregierung soll sie innerhalb von sechs Monaten abgewickelt werden. Die Beiträge für 2018 und 2019 sollen schnellstmöglich zurückgezahlt werden. ver.di hat alle zum Dialog und zur Zusammenarbeit für gute Bedingungen in der Pflege eingeladen – unabhängig von der jeweiligen Einstellung zur Pflege ● <https://t1p.de/9p55>

Solidarität mit Nicole

Die zum Orpea-Konzern gehörende Residenz-Gruppe will die Gesamtbetriebsratsvorsitzende, unsere Kollegin Nicole, und drei weitere Betriebsratsmitglieder wegen angeblicher Pflichtverletzung kündigen. Nachdem der örtliche Betriebsrat dem nicht zugestimmt hat, soll das komplette Gremium aufgelöst werden. Hintergrund ist unter anderem, dass er eine sogenannte Gesundheitsprämie abgelehnt hat, die kranke Beschäftigte bestraft. ver.di meint: Damit hat der Betriebsrat keine Pflicht verletzt, sondern genau das getan, wofür er gewählt wurde – die Interessen der Beschäftigten zu vertreten. Gemeinsam wehren wir uns gegen diesen erneuten Übergriff auf Arbeitnehmerrechte bei Orpea. ● <https://t1p.de/11wv>

Sonderaktion GUV/FAKULTA

ver.di und die gewerkschaftliche Unterstützungseinrichtung GUV/FAKULTA machen eine Sonderaktion für Beschäftigte der Altenpflege: Werdet bis Ende 2021 Mitglied und bekommt bis zu zwölf Monate Beitragsfreiheit geschenkt! Die GUV/FAKULTA hilft bei Schäden aus Anlass der beruflichen Tätigkeit sowie bei Unfällen auf dem Weg zur Arbeit oder gewerkschaftlichen Veranstaltungen. ● <https://t1p.de/i02t>



Erwin Rüdchel

»Ich bin mit der geringen Impfbereitschaft der Pfleger nicht zufrieden«, bekundete der Vorsitzende des Gesundheitsausschusses im Bundestag, Erwin Rüdchel (CDU), am 9. Januar in der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung* – und drohte damit, Pflegekräfte zu Corona-Impfungen zu verpflichten. Die Infopost Altenpflege quittiert diese pauschale Verunglimpfung einer ganzen Berufsgruppe mit der »Goldenen Bettpfanne«. Auch ver.di hält Impfungen für den Weg aus der Corona-Krise. Doch die Bereitschaft dafür muss mit guten Argumenten und Fakten befördert werden – nicht mit Drohungen und Beschimpfungen. ●



Foto: Erwin Rüdchel

Termine

ver.di-Online-Fachtagung Altenpflege
am 22./23. Februar 2021
<https://t1p.de/710c>

Seminar »Verbesserungen in der Altenpflege jetzt!«
vom 14. bis 16. Juni 2021 in Gladenbach: <https://t1p.de/nkb8>

ver.di-Fachtagung Altenpflege
am 19./20. Oktober 2021 in Kassel

Impressum

V.i.S.d.P.: Sylvia Bühler, Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft ver.di, Fachbereich Gesundheit, Soziale Dienste, Wohlfahrt und Kirchen, Paula-Thiede-Ufer 10, 10179 Berlin

altenpflege.verdi.de

Redaktion: Daniel Behruzi, Matthias Gruß, Manuela Schaar, Hajo Schneider

Layout: einsatz, Wolfgang Wohlers

Druck: Gottschalk Druck & Medien, Berlin

Auflage: 12.300 • Februar 2021

